Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1900

53 (1.2.1900) Parlaments-Ausgabe

Visual Library

Ausgabe: Wöchentl. zwölf mal. Abonnementspreis: Vierteljährlich: in Karlsruhe durch eine Agentur bezogen: 2 Mark 50 Pf., in das Haus gebracht: 2 Mark 80 Pf., durch die Post ohne Zustellgebühr 2 Mark 50 Pf. Vorausbezahlung.

Badische Landeszeitung

mit Parlamentsausgabe und Verlosungsbeilage.

Anzeigegebühr: Die 1spaltige Kolonelzeile oder deren Raum für Lokale Inserate 15 Pf., für auswärtige, Inserate 20 Pf. im Reklameteil 60 Pf. Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt.

Parlaments-Ausgabe. Karlsruhe, den 1. Februar 1900.

Parlamentarische Verhandlungen.

Nachdruck ohne Vereinbarung nicht gestattet.

Deutscher Reichstag.

139. Sitzung vom 31. Januar.

Das Haus ist sehr schwach besetzt.

1 Uhr. Am Bundesrathstische: v. Podbielski u. A.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Berathung des Postetats. Die Berathung beginnt bei dem Titel „Unterstaatssekretär".

Abg. **Stöcker** (b. k. P.): Bei der Einweihungsfeier des Reichspostgebäudes in Straßburg ist eine Aeußerung gefallen, die als Spott auf die Ablehnung einer Einheitspostmarke durch Baiern aufgefaßt wurde. In Baiern wurde bei der Berathung des Postetats der betreffende Scherz von dem Minister von Krailsheim als „unhalterne Ungezogenheit" bezeichnet. Ich bin von elsässischen Freunden ermächtigt, hier im Hause festzustellen, daß kein Postbeamter an der Sache betheiligt ist, sondern daß sie einem zur Unterhaltung der Festtheilnehmer engagirten Komiker zur Last fällt. — An den Staatssekretär habe ich die Bitte, dafür zu sorgen, daß innerhalb seines Ressorts eine einheitliche Rechtschreibung und ein einheitlicher Sprachgebrauch zur Einführung gelangt. Endlich bitte ich, die Sonntagsbestellungen von Briefen und Packeten noch mehr einzuschränken, damit die Postbeamten häufiger einen freien Sonntag erhalten.

Staatssekretär **v. Podbielski:** Ich bedaure, daß sich bei der Sonntagsruhe für die Postbeamten Schwierigkeiten ergeben, die es unmöglich machen, sie in dem Umfange zu gewähren, wie ich es selbst wünschte. Wir sind aber jetzt doch schon ganz erheblich auf diesem Gebiete vorgeschritten. Früher bestand die Bestimmung, daß die Beamten von drei Sonntagen entweder zwei halbe oder einen ganzen frei haben sollten. Ich habe im vorigen Jahre diese Bestimmung dahin erweitert, daß von zwei Sonntagen entweder zwei halbe oder ein ganzer frei bleiben sollen. Diese Bestimmung konnte zwar noch nicht überall durchgeführt werden, denn sie bedarf Zeit zur Durchführung, aber es liegt in meiner Absicht, für ihre allgemeine Durchführung Sorge zu tragen. Was den Sprachgebrauch in meinem Ressort anlangt, so hat der Reichskanzler die Verfügung ergehen lassen, daß für alle Verwaltungen in Zukunft die Sprache des bürgerlichen Gesetzbuchs maßgebend sein soll. In Folge dessen sind die verschiedenen Verwaltungen an die Arbeit gegangen, um bezügliche Anleitungen für ihr Personal herzustellen. Auch die Reichspostverwaltung hat das gethan und grade ihre Anleitung habe sehr viel Anerkennung gefunden; das preußische Justizministerium habe sich beispielsweise dazu entschlossen, unsere Ausarbeitung der ihrigen zu Grunde zu legen.

Abg. **Müller**-Sagan (fr. Vp.) richtet an die Postverwaltung die Frage, wie weit die im vorigen Jahre bereits besprochene Westsche Erfindung, betreffend die Herstellung von Hausanschlüssen ohne die Vermittelung des Portiers und unter Ausschluß des Mithörens der Mitbewohner des Hauses, sich bewährt habe und ob eventuell die Versorgung der Häuser mit dieser Einrichtung der Privatindustrie überlassen werden würde.

Direktor Dr. **Sydow:** Die Postverwaltung ist, wie schon in der Budgetkommission erklärt wurde, nach wiederholten Versuchen zu der Ansicht gekommen, daß sich sehr wohl solche Anschließungen mehrerer Theilnehmer an eine gemeinschaftliche Leitung vornehmen lassen, wenn auch das System nicht frei von Komplikationen ist und in der Praxis gewiß hier und da Schwierigkeiten hervortreten werden. Ich bemerke übrigens dabei, daß neben der Westschen Erfindung noch andere ähnliche Erfindungen zum Patente angemeldet sind, die ebenfalls auf eine sorgfältige Prüfung rechnen können. Ich erkläre, daß schon in den nächsten Tagen eine Bekanntmachung erlassen werden wird, wonach die Herstellung mehrerer Anschlüsse an dieselbe Leitung zu erheblich billigeren Bedingungen als bisher zugelassen und zugleich Fürsorge getroffen werden wird, daß bei der Herstellung auch die Privatindustrie mit konkurriren kann.

Abg. **Horn** (nl.): Die Bauinspektoren der Reichspostverwaltung sind zu meinem Bedauern nicht unerheblich schlechter gestellt, als diejenigen der allgemeinen preußischen Verwaltung; während die Letzteren bis zu einem Höchstgehalt von 5700 Mk. gelangen, kommen die Postbauinspektoren nur bis 5400 Mk.

Unterstaatssekretär **Fritsch:** Die Postverwaltung wendet ihren höheren Baubeamten dasselbe Wohlwollen zu, wie den übrigen Beamtenkategorien. Zwischen den Postbauinspektoren und den Bauinspektoren der allgemeinen preußischen Verwaltung läßt sich aber ein Vergleich lediglich mit Rücksicht auf die Gehaltsbemessung gar nicht ziehen, man muß vielmehr die Gesammtverhältnisse der beiden Kategorien einander gegenüberstellen. Dabei ergiebt sich denn, daß in Preußen auf je zehn Bauinspektoren nur zwei Bauräthe kommen, während je zehn Postbauinspektoren je fünfzehn Postbauräthe mit einem Höchstgehalt von 7200 Mark gegenüberstehen. Die Verhältnisse liegen also bei der Reichspostverwaltung viel günstiger als in Preußen, und die Postbauinspektoren würden einen Tausch selber unter keinen Umständen wünschen.

Abg. **Stöcker** (b. k. P.): Ich würde es bedauern, wenn für den Vorbildungsgang für die Zulassung zur höheren Postkarriere allzuweit begrenzte Vorschriften erlassen würde. Früher kam es doch öfters vor, daß Männer, die von der Pieke auf gedient hatten, sich zu den höchsten Stellen emporarbeiteten. Das wird zu meinem Bedauern in Zukunft nicht mehr möglich sein. In zweiter Linie bitte ich den Staatssekretär um Aufbesserung der Postdirektoren und um Fürsorge dafür, daß seine Verfügungen betreffend die Sonntagsruhe u. s. w. auch wirklich befolgt werden. Es könnte zu diesem Zwecke vielleicht ein besonderer Generalinspekteur ernannt werden, der von Zeit zu Zeit Revisionen vorzunehmen hätte.

Staatssekretär **v. Podbielski:** Der Vorredner irrt, wenn er glaubt, daß nach der bisherigen Organisation die Beamten der mittleren Laufbahn bis zu den höchsten Stellen hätten aufsteigen können. Das war thatsächlich nicht der Fall, im Gegentheil sie kamen nur bis zu der Stellung eines Oberpostassistenten, abgesehen vielleicht von einigen Militäranwärtern, welche zur Sekretärprüfung zugelassen worden waren und Sekretärstellen bekamen. Der Wunsch der Assistenten ging nun dahin, daß ihnen allen ein weiteres Fortkommen ermöglicht werde. Diesen Wunsch berücksichtigt die neue Organisation, sie führt also zu keiner Verschlechterung, sondern zu einer erheblichen Verbesserung des Fortkommens der mittleren Beamten. — Die Postdirektoren sind im Jahre 1896 im Gehalt um 600 Mk. aufgebessert worden, und im vorigen Jahre sind neue Aufbesserungen eingetreten; ich glaube daher, daß wir für die nächsten Jahre genug gethan haben. — Maßregeln, wie ich sie anordne, z. B. diejenigen über die Sonntagsruhe, bedürfen einer gewissen Zeit zur Ausführung. Sie lassen sich nicht einfach dekretiren. Ein bürreaukratischer Widerstreit unterer Instanzen gegen solche Maßregeln ist nicht vorhanden; aber jede Anordnung, z. B. auch die sehr nützliche über die Gewährung von Sommerurlaub an die Postbeamten, macht Ausführungsbestimmungen über die Art der Stellvertretung u. s. w. nothwendig. Das erfordert stets eine gewisse Zeit. Besonderer Generalinspektoren zur Beaufsichtigung der Durchführung meiner Anordnungen bedarf ich nicht, ich habe dazu sechs Räthe im Reichsamt, von denen ich weiß, daß sie mit meinen Intentionen übereinstimmen. Die Kontrole wird durch diese Herren in einer ziemlich umfangreichen Weise ausgeübt.

Der Titel „Unterstaatssekretär" wird bewilligt, ebenso eine Reihe weiterer Titel.

Zum Titel „Ober-Post-, Ober-Telegraphenassistenten 2c." hat die Kommission folgende Resolution beantragt:

„Den Reichskanzler zu ersuchen, durch Nachtragsetat pro 1900 die Gehaltsstufen für die Bureauassistenten und Kanzlisten des Ressorts der Reichspost- und Telegraphenverwaltung sowie für die Ober-Post- und Ober-Telegraphenassistenten, Post- und Telegraphenassistenten und Postverwalter statt auf 1500, 1700, 1900, 2100, 2300, 2500, 2700, 3000 Mk. auf 1500, 1800, 2000, 2200, 2400, 2600, 2800, 3000 Mk. anzusetzen."

Abg. **Dr. Vielhaben** (Antis.): Ich beantrage, nachdem darüber debattirt worden ist, den Etatstitel und die Resolution nochmals an die Budgetkommission zurückzuverweisen, da das Material, das der Kommission vorlag, nicht genügte. In dem Vorgehen der Reichspostverwaltung, die eine Reihe von Stellen unbesetzt ließ, die dafür bewilligten Gelder aber anderweitig verwandte, liegt sicher eine Beeinträchtigung des Budgetrechtes des Reichstags. Denn derselbe hat auch das Recht, die Spezialetats zu prüfen. Redner bringt alsdann die bekannte Angelegenheit der Militäranwärter nochmals zur Sprache, denen von der Postverwaltung die Gehaltsnachzahlung verweigert wurde. Diese Nachzahlung wurde überhaupt nur den Beamten ausgezahlt, die sich extra gemeldet hatten, und zwar geschah dies in Berlin nur bis zum 31. Dezember 1898. Den Beamten, die sich später meldeten, wurde mitgetheilt, daß sie nichts bekommen könnten, da die Sache bereits verjährt sei. Jedenfalls müssen wir der Reichspostverwaltung unsere entschiedene Mißbilligung aussprechen, sie ist nicht berechtigt, den Beamten weniger zu zahlen, als in dem Etat ausgesetzt ist.

Staatssekretär **v. Podbielski:** Es handelt sich um Verhältnisse, die weit zurückliegen. Die Reichspostverwaltung hat nicht das Recht, über Etatspositionen anders zu dispeniren, als es dies hohe Haus festgesetzt hat. Auch der Rechnungshof des Reiches würde das nie durchlassen. Wenn der Vorredner behauptet hat, daß dies doch geschehen sei, so täuscht er sich. Die Beamten, die bei der Durchschnittsberechnung mehr bekommen haben, sind ganz still. Unzufrieden sind nur diejenigen, die weniger bekommen haben. Auch handelt es sich nicht nur um die Postbeamten, sondern um die Beamten aller anderen Verwaltungen. Bei einzelnen Oberpostdirektionen, z. B. in Bremen, sind allerdings Versehen vorgekommen, doch sind dieselben sofort redressirt worden. Klage ist überhaupt nur angestrengt worden, weil der Bundesrath es wünschte, daß die Gerichte die Sache klar stellten. Ich habe mich sogar erboten, die Gerichtskosten für meine Beamten zu bezahlen; mehr konnte ich aber nicht thun.

Abg. **von Kardorff** (Rp.): Die Budgetkommission hat, weil es sich um Beamten aller Kategorien, nicht blos der Reichspostverwaltung, handelt, ohnehin beschlossen, die Sache einer erneuten Prüfung zu unterziehen. Der Antrag Vielhaben erübrigt sich also.

Abg. **Dasbach** (Ctr.): Es wäre außerordentlich wünschenswerth, daß die Postverwaltung eine Denkschrift ausarbeitete, aus der der Reichstag genau den Sachverhalt erführe. Dann hätte die Budgetkommission genügendes Material, um ihrerseits Stellung zu nehmen. Ich schließe mich dem Antrage Vielhaben auf Rückverweisung an die Kommission an.

Staatssekretär **v. Podbielski:** Der Vorredner vergißt, daß es noch einen Bundesrath giebt, der auch mitzureden hat. Der Reichstag muß vorläufig warten, bis das Urtheil im Prozeß ergangen ist.

Auf eine Bemerkung des Abg. **Stöcker** (b. k. F.) erwidert:

Staatssekretär **v. Podbielski:** Das Diätariat beträgt bei den Militäranwärtern der Postverwaltung 5 Jahre 4 Monate. Das ist wesentlich kürzer, als in anderen Verwaltungen.

Abg. **Eickhoff** (fr. Vp.) bedauert, daß die Postverwaltung in der Frage der Militäranwärter eine so kleinliche Stellung eingenommen habe.

Abg. Graf **Oriola** (nl.): Die Frage kann meiner Ansicht nach auch ohne Rückverweisung des Titels an die Kommission gründlich geprüft werden. Wenn die Postverwaltung nach dem Wunsche des Herrn Dasbach erst noch eine Denkschrift ausarbeiten soll — wie sollen wir dann mit der Etatsberathung bis zum 1. April fertig werden? Die Regierung kann uns die nöthigen Auskünfte auch ohne Denkschrift geben. Auch wir bedauern, daß die Beamten nochmals genöthigt sein sollen, klagend vorzugehen. Eine Verständigung über diese Angelegenheit zwischen Postverwaltung und Reichstag wäre uns sympathischer gewesen, als daß nun wieder neue Instanzen angerufen werden sollen. Meine Freunde hoffen, daß die Resolution der Kommission einstimmig angenommen wird. Wir glauben auch, daß die Elemente in der Regierung, die gegen die Resolution sind, sich nicht in der Postverwaltung finden. Ich möchte noch einen Wunsch einiger älterer Postsekretäre vorbringen. Diese Herren wünschen, daß für die älteren Herren das Examen mindestens erleichtert werden möge. Ich glaube, der Herr Staatssekretär könnte diesem Wunsche sehr leicht entsprechen. Ich erinnere daran, daß auch den älteren Eisenbahnsekretären das Examen wesentlich erleichtert worden ist.

Abg. **Dr. Vielhaben** (Antis.): Eine gründliche Berathung der Sache ist nur in der Kommission möglich. Deshalb bitte ich, den jetzt zur Diskussion gestellten Etatstitel an die Kommission zurückzuverweisen. Wir müssen darauf dringen, daß die Beamten ihre Ansprüche auf jeden Fall bekommen. Eine Verletzung des Etats ist zweifellos vorgekommen; ich bekomme nur keine Antwort auf das, was ich vorbringe.

Staatssekretär **v. Podbielski:** Das Haus kann nicht einseitig in dieser Sache einen Beschluß fassen. Der Bundesrath hat beschlossen, es soll ein neuer Prozeß gesucht werden. Daran kann der Reichstag nichts ändern. Ich weiß nicht, aus welchem Grunde der Titel zurückverwiesen werden soll. Geändert werden kann dadurch doch nichts. Wir müssen uns doch auf den Boden der legalen Thatsachen und der Reichsverfassung stellen.

Abg. **v. Kardorff** (Rp.): In der Sache selbst ist die ganze Kommission einig gewesen. Wir haben Alle beklagt, daß der Bundesrath eine andere Auffassung hat, als der Reichstag. Eine nochmalige Kommissionsberathung wird nach Lage der Sache keinen Werth haben.

Abg. **Schmidt-Warburg** (Ctr.): Ich werde für die Zurückverweisung stimmen. Erfolgt die Zurückverweisung aber nicht, so wird doch jedenfalls die Frage noch einmal zur Sprache gebracht werden.

Abg. **Singer** (Sozd.): Auch wir wünschen eine nochmalige Besprechung der Sache in der Kommission. Wir bedauern den Standpunkt der Regierung lebhaft. Schon im Privatleben gilt es nicht als fair, sich auf die Verjährung zu berufen; trotzdem haben wir die Regierung nur mühsam davon abbringen können, die Einrede der Verjährung geltend zu machen. Nachdem uns das gelungen ist, läßt die Regierung sich auf neue juristische Tüfteleien ein, um die Sache weiter zu verschleppen. Die Behauptungen des Abg. Vielhaben über eine Verletzung des Etatsrechts mögen juristisch widerlegt werden können; moralisch sind sie unwiderlegbar. Ich vermuthe, daß die Schuld an der Verschleppung hauptsächlich auf den preußischen Finanzminister fällt. Ohne einen Einspruch von dieser Stelle würde die Sache wohl erledigt sein. Gewiß können wir den Bundesrathsbeschluß nicht umstoßen. Es gäbe aber ein einfaches Mittel, einen Druck auf den Bundesrath auszuüben. Die Mehrheit des Reichstages brauchte nur zu sagen: „Wir bewilligen die Flotte nicht, wenn der Bundesrath sich unserer Resolution nicht anschließt". Dann würde die Sache bald aus der Welt geschafft sein. Gegen den Vorschlag des Abg. Dasbach muß auch ich mich wenden. Wir können nicht warten, bis eine solche Denkschrift fertig ist. Sonst würden die Beamten alt und grau werden, bevor sie zu ihrem Recht kommen.

Staatssekretär **v. Podbielski:** Es handelt sich hier nicht um Recht und Moral, sondern nur um Ansprüche, die aus einem richterlichen Urtheil entstanden sind. Dieses Urtheil wird jetzt beanstandet. Eine solche Sache können wir doch ganz ruhig behandeln.

Abg. **Dasbach** (Ctr.): Wenn der Bundesrath Werth auf ein gutes Einvernehmen mit dem Reichstag legte, so hätte er schon längst nachgeben können, damit die Sache endlich erledigt wird. Das Material für eine Denkschrift muß doch eigentlich druckfertig vorliegen. Wenn ich mich darin geirrt habe, so bedauere ich, von dem Staatssekretär eine so gute Meinung gehabt zu haben. (Heiterkeit.)

Staatssekretär **v. Podbielski:** Ich überlasse es dem Vorredner, welche Meinung er über mich hat. Die Sache schwebt noch gar nicht so lange, wie es der Vorredner darstellt. Denn das erste Erkenntniß ist datirt vom September 1898.

Abg. **Paasche** (nl.): Es handelt sich hier in der That nicht um „Recht und Moral", sondern um eine einfache Rechtsfrage. Ein lang eingebürgertes Gewohnheitsrecht soll hier geändert werden. Da ist es doch begreiflich, daß der Bundesrath ein zweifelloses Urtheil vom Reichsgericht abwarten will. Der Bundesrath hat doch die gleichen Rechte wie der Reichstag. Er wird sich nicht auf juristische Tüfteleien, sondern auf sachverständige Gutachten gestützt haben. Früher wollte man einen verantwortlichen Reichsfinanzminister haben, der darüber wachen sollte, daß nichts unnütz ausgegeben wird. Heute werden dem Schatzsekretär, wenn er seine Pflicht erfüllt, Vorwürfe gemacht, daß er sich von dem „Mann hinter dem Kastanienwäldchen" schieben lasse. Den Titel können wir ruhig bewilligen. Eine Rückverweisung an die Kommission hat gar keinen Zweck.

Abg. **Dr. Müller-Sagan** (fr. Vp.) wünscht eine gleichmäßige und möglichst weitherzige Behandlung der Urlaubsfrage der Beamten. Die Zeitungsschreiber sind klüger, als wie der Staatssekretär glaubt. Manche der Mißstände in der Bestellung der Briefe und Packete, die von den Zeitungen gerügt wurden, rühren von dem Drängen nach Einschränkung der Sonntagsdienstzeit her. Hier hätte die Zahl der Beamten vermehrt werden müssen. Vielleicht könnte auch die Zahl der Leerungen vermindert werden. Wenn die Eisenbahnverwaltung ihren Berliner Beamten gestattet hat, in den Vororten zu wohnen, so muß es doch auch die Postverwaltung können. Ich bitte, den Titel nicht an die Kommission zurückzuverweisen, sondern in der dritten Lesung weitere Schritte zu thun.

Staatssekretär **v. Podbielski:** Die Eisenbahnbetriebsbeamten haben nur auf dem Bahnhof zu thun, sie können also eher in einem Vorort wohnen. Denn wenn sie in die Stadt fahren, so haben sie in Berlin wenigstens keinen Weg zu machen. Mit den Bemerkungen des Vorredners über die Presse bin ich vollkommen einverstanden. Die Presse soll Mißverständnisse aufdecken. Aber eine Zeitung hatte gesagt, es sei mein „System", daß die Briefe schlecht bestellt werden. Die Hauptschuld an der unregelmäßigen Briefbestellung liegt daran, daß uns das Publikum Räthsel aufgiebt. Täglich werden uns in Berlin über 900 Räthsel aufgegeben. Da ist es kein Wunder, wenn das eine oder andere Räthsel einmal falsch gelöst wird. In Berlin ist um 11 Uhr Nachts noch viel Leben, in Folge dessen wird auch noch viel geschrieben. Es müssen daher auch noch Leerungen stattfinden.

Abg. **Vielhaben** (Antis.): Die Ansprüche der Militäranwärter sind nicht erst durch das Urtheil entstanden; sie waren schon lange vorher da. Ich bin bereit, bis zur dritten Lesung dem Reichstage das ganze Material zu unterbreiten. Aber in der Kommission kann die Berathung leichter stattfinden als im Plenum.

Abg. **Dasbach** (Ctr.): Die Frage schwebt nicht erst seit 1898, sondern schon seit 1894.

Hiermit schließt die Diskussion.

Der Titel wird unter Ablehnung des Antrages Vielhaben auf Zurückverweisung an die Kommission bewilligt.

Ueber die Resolution der Kommission wird erst in dritter Lesung abgestimmt werden.

Beim Titel „Telegraphengehilfinnen" bedauert

Abg. **Dasbach** (Ctr.): daß beim Telephondienst so häufig Störungen vorkommen. Ueber die Telephonistinnen müsse eine wirksamere Kontrole ausgeübt werden.

Direktor im Reichspostamt **v. Sydow:** Ich gebe zu, daß auch im Telephondienst Menschlichkeiten vorkommen. Ich möchte aber die Telephongehilfinnen im gewissen Sinne in Schutz nehmen. Die Hauptschuld daran, daß nicht verstanden wird, liegt häufig an den Strängen.

Abg. **Singer** (Sozd.): Die Diäten der Telephongehilfinnen sind zu niedrig. Es kommt vor, daß ältere Damen, wenn sie eintreten, nur 65 Mk. im Monat bekommen. Das ist für Berliner Verhältnisse viel zu wenig. Ich bitte den Staatssekretär, eine beruhigende Erklärung darüber abzugeben, daß eine Verschärfung der Bestimmungen über die Anstellung der Gehilfinnen nicht beabsichtigt wird. Schließlich möchte ich den Staatssekretär bitten, zu erwägen, ob nicht bei den Fernsprech-Automaten in den Postämtern Einrichtungen getroffen werden können, damit derjenige, der sie benutzt, in einem abgeschlossenen Raume spricht.

Staatssekretär **v. Podbielski:** Eine Verschärfung der Bestimmungen über die Anstellung der Gehilfinnen wird nicht geplant. Was die Diäten anlangt, so bemerke ich, daß ältere Damen nicht die niedrigen Diäten bekommen, von denen der Vorredner sprach; denn es werden nur Damen bis zu einem Alter von 28 Jahren angenommen. Die Schaffung eines abgeschlossenen Raumes für die Fernsprechautomaten ist mit Schwierigkeiten verbunden. Wir haben solche Einrichtungen gehabt. Aber die Leute, die da hineingingen, flohen aus den Dingern, weil es ihnen in dem Kasten zu heiß war.

Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel „Unterbeamte" wünscht

Abg. **Werner** (Antis.), daß das Gratifikationswesen bei den unteren Beamten beseitigt werden möge.

Staatssekretär **v. Podbielski:** Ich mache darauf aufmerksam, daß seit dem vorigen Jahre höhere Beamte überhaupt Gratifikationen

nicht mehr bekommen können. Bei den unteren Beamten können wir sie nicht abschaffen. Das würden diese am wenigsten wünschen; denn sie rechnen auf die Gratifikationen.

Abg. **Dasbach** (Ctr.): Angesichts der immer steigenden Miethen in Berlin würde es zweckmäßig sein, wenn sämmtliche Reichsverwaltungen ebenso wie es die preußische Regierung und die Provinzialverwaltung in Düsseldorf bereits zum Theil gethan haben, darauf bedacht wären, ihren Unterbeamten Dienstwohnungen zu bauen.

Staatssekretär **v. Podbielski**: Solche Wohnungen sollen ja auf dem Lande gebaut werden. Aber in Berlin würde mancher Beamte mit einer solchen Kasernirung sehr unzufrieden sein. Denn in Berlin könnten wir keine kleinen Häuser, sondern nur Kasernen bauen. Da ist es besser, man läßt den Beamten Freiheit der Wahl.

Abg. **Werner** (Antis.) stimmt dem Antrag Dasbach zu.

Abg. **Dasbach** (Ctr.): Die Wohnungen können ja auswärts gebaut werden. Dort kann man sehr wohl kleinere Häuser bauen.

Abg. Dr. **Müller-Sagan** (fr. Vp.): Der Vorschlag des Abg. Dasbach läuft auf eine Kasernierung der Beamten hinaus, und das ist ganz verfehlt. Da ist es viel einfacher, den Beamten wird gestattet, in den Vororten zu wohnen.

Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel: „Stellenzulagen für Beamte und Unterbeamte" tritt

Abg. **Singer** (Soz.) für eine Erhöhung der Wohnungsgeldzuschüsse ein; nur dadurch können die Beamten dazu gelangen, einen angemessenen Theil ihres Gehalts für die Verpflegung und die sonstige Lebenshaltung ihrer Familien zu verwenden.

Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel Posthilfsstellen, betreffend „Tagegelder", „Umzugskosten" usw., und den folgenden Titeln befürwortet

Abg. **Singer** (Soz.) die Erhöhung der Tagegelder der Posthilfsboten; 2,50 Mark pro Tag seien Angesichts der Vertheuerung aller Lebensmittel viel zu wenig. Es sei eine generelle Erhöhung geboten, nicht blos eine solche für Posthilfsboten in den großen Städten. Ferner halte er eine Regelung der Urlaubsverhältnisse der Diätare, Postschaffner und Briefträger für erforderlich. Von den Landbriefträgern habe im vergangenen Jahre nur ein ganz verschwindender Prozentsatz Urlaub erhalten. Endlich mache er darauf aufmerksam, daß auf Grund einer Anordnung des Kaisers die Militärverwaltung den Offizieren, die innerhalb einer großen Stadt aus dienstlichen Rücksichten zum Umzuge in eine andere Stadtgegend genöthigt werden — zum Beispiel wegen Verlegung ihres Truppentheils in ein anderes Kasernement — die Umzugskosten vergütet werden sollen. Dieses Vorgehen der Militärverwaltung sei durchaus anzuerkennen und sollte für die Postverwaltung, wo innerhalb großer Städte sehr häufig Versetzungen von einem zum anderen Postamte vorkommen, vorbildlich sein. Das läge in gleichem Maße im Interesse der Beamten, wie auch der Postverwaltung selbst, denn es liege nicht im dienstlichen Interesse, daß die Beamten zur Verminderung von Umzugskosten oft 4 bis 5 Kilometer von dem Postamte entfernt wohnen.

Die Titel werden bewilligt, ebenso der Rest des Ordinariums.

Hierauf vertagt sich das Haus. Eingegangen ist, wie der Schriftführer noch mitteilt, eine Interpellation von Czarlinski und Gen. (Polen) betreffend die Handhabung des § 187 des Gerichtsverfassungsgesetzes betreffend die Zuziehung von Dolmetschern zu den Gerichtsverhandlungen. Nach dem Inhalte der Interpellation hätten sich aus der Art der bisherigen Handhabung des § 187 verschiedene Mißstände für eine große Zahl von Reichsangehörigen ergeben.

Präsident Graf **Ballestrem** teilt mit, daß er entsprechend einem Wunsche der Interpellanten die Interpellation für Mittwoch, den 7. Februar, auf die Tagesordnung setzen werde.

Nächste Sitzung: Donnerstag 12 Uhr. (Fortsetzung der zweiten Beratung des Postetats.)

Schluß 5¾ Uhr.

Handel und Verkehr.

Teurere Schuhe. Von allgemeinem Interesse waren die von dem Vorsitzenden des Vereins der Berliner Lederhändler, Herrn Victor Klein, in der letzten Generalversammlung des Vereins gemachten Ausführungen über die schwierige Lage des Schuhmachers und Schuhhändlers wegen der erhöhten Schuhpreise. Dem in dem bekannten Fachblatt „Schuh und Leder" wörtlich wiedergegebenen Vortrag entnehmen wir, daß die höheren Preise für rohe Häute und für Leder, ebenso wie die höheren Preise für Schuhe im Verkehr des Schuhfabrikanten zum Schuhhändler allgemein durchgesetzt und Bestände von billigeren Einkäufen längst geräumt sind, während zu seinem eigenen Schaden das Publikum keine höheren Preise für Schuhwerk anlegen will. Wer darauf besteht, seine Schuhe zu alten Preisen beim Schuhmacher oder Händler zu erhalten, thut dies auf Kosten des verwendeten Materials und soll sich hinterher nicht wundern, wenn er Wochen oder Monate früher wie sonst sich neue Schuhe kaufen muß. Besser wird Jeder daran thun, der Lage Rechnung zu tragen, eine Mark mehr anzulegen, aber auf ebenso gutes Material wie früher zu bestehen.

* **Litteratur.** Von dem im Verlage von Ad. Hausmann, Berlin, Oranienburgerstr. 54, erscheinenden „Monatsheften der Berliner Börse" liegt uns Heft 3 vor, welches wiederum die Abschlüsse einer großen Anzahl von Aktien-Gesellschaften mit den bekannten, wichtigen Gegenüberstellungen der Bilanzziffern der letzten 5 Jahre enthält und sich ebenso wie die bisher erschienenen Hefte durch Zuverlässigkeit und Uebersichtlichkeit auszeichnet. Die Hefte haben, einer Mitteilung des Verlags zufolge, in der kurzen Zeit ihres Bestehens allgemeine Anerkennung in Bankier- und Kapitalisten-Kreisen gefunden und können allen Interessenten als wichtiges Nachschlagewerk angelegentlich empfohlen werden.

Patentbericht für Baden

mitgeteilt von dem Internationalen Patentbureau C. Kleyer in Karlsruhe (Baden).
Filiale: Mannheim C. 2. 7.
Auskünfte ohne Recherchen werden den Abonnenten dieser Zeitung bei Einsendung der Frankatur gratis erteilt.

a) Patent-Anmeldungen.

H. 22 542. Kerzenhalter. Jakob Krug und Karl Hoffmeister-Mannheim und Andreas Hausdörfer-Ludwigshafen a. Rh. Vom 4. August 1899 ab.

b) Patent-Erteilungen.

Nr. 109 742. Einrichtung an Dampfkesseln mit Innenfeuerung zur Herbeiführung eines Wärmeausgleichs. W. Platz-Weinheim i. B. Vom 18. April 1899 ab.

c) Gebrauchsmuster-Eintragungen.

Nr. 127 616. Panorama in Form eines Taschenuhrgehäuses als Anhängsel. Julius Krieg-Pforzheim. Vom 2. Oktober 1899 ab. — Nr. 127 601. Motorfahrzeug mit auf einem schwingenden Rahmen gelagerter Antriebsachse. Wilhelm Lederle-Freiburg i. B. Vom 18. Dez. 1899 ab.

Zur Nachricht. In dem Bericht vom 9. Jan. d. J. soll die Bezeichnung des Gebr.-M. Nr. 127 372 nicht „Elektrischer Thüröffner" sondern „Zur Kontakthaltung bei getrennten Leitungsdrähten für elektrisch zu öffnende Thürschlösser" lauten.

Verantwortlicher Redakteur: Felix v. Eckardt,
für Reklamen und Inserate: Ludwig Lorbach, beide in Karlsruhe.

Geboren.

Karlsruhe, 19. Jan. Siona Elisabeth Käthchen, V. Heinrich Friedrich Schulze, Trompeter. — 23. Jan. Heinrich Friedrich, V. Heinrich Friedrich Binkele, Schlossermeister. — 25. Jan. Erwin Jakob, V. Jakob Klotter, Bahnarbeiter; Oskar Arthur, V. Theodor Frömmer, Bremser. — 26. Jan. Maria Helena, V. Josef Hager, Weichenwärter; Frieda, V. Urban Ball-Stolz, Schlosser. — 27. Jan. Anna Maria, V. Johann Jörg, Gipser; Hilda, V. Karl Rabold, Asphalteur; Emilie, V. Christian Bauz, Gasarbeiter; Karl Wilhelm, V. Karl Friedrich Eppele, Versilberer.

Karlsruhe, 22. Jan. Frieda Bertha, V. Friedrich Brenk, Kutscher. — 23. Jan. Otto Hermann Richard, V. Gustav Kirschbaum, Monteur; Edwin, V. Albert Willi, Buchdrucker. — 24. Jan. Anna Emilie, V. Josef Saas, Schreiner. — 25. Jan. Johanna Eugenie Wilhelmine, V. Josef Schmitt, Schuhmacher. — 26. Jan. Rudolf Karl Wilhelm, V. Rudolf Julius Goerthe, Bezirksfeldwebel; Friedrich Wilhelm Karl, V. Jakob Stiel, Tapezier. — 27. Jan. Marie, V. August Gayer, Kaufmann. — 28. Jan. Ernst Emil, V. Heinrich Bode, Zimmermann; Luise Hedwig, V. Franz Wohlgemuth, Bahnarbeiter; Josefine Rosa, V. Ludwig Grötzinger, Taglöhner. — 29. Jan. Alois Lothar Josef, V. Georg Lothar Schaaf, Malermeister.

Die allgemein anerkannten Vorzüge des
CACAO MOSER-ROTH
der Vereinigten Chocoladefabriken
E. O. Moser & Cie. und **Wilh. Roth jr.,**
Kgl. Hoflieferanten, Stuttgart
sind: 123.12.11
1) seine **völlige Reinheit** von Schalen, Fasern oder fremden Zuthaten;
2) seine **grosse Löslichkeit,** vermöge deren er sich in Wasser oder Milch schnell und so gut löst, dass das Getränk eine gleichmässige Färbung erhält und keine wolkenartigen Absonderungen sich bilden;
3) sein **volles, natürliches Aroma,** das durch kein Parfüm u. dergl. beeinträchtigt oder modifiziert ist;
4) seine **Leichtverdaulichkeit** und sein **hoher Nährwert,** die ihn zu einem vorzüglichen Nahrungsmittel für Gesunde und Kranke machen;
5) sein verhältnismässig **sehr billiger Preis** und seine **unerreichte Ausgiebigkeit.**
Zu haben in folgenden Marken:

	1/1	1/2	1/4 Pfd.		1/1	1/2	1/4 Pfd.
Frauenlob	M. 1.60,	—.95,	—.50,	**Kugel**	M. 1.90,	1.05,	—.60,
Mein Liebling	„ 1.75,	1.—,	—.55,	**Taube**	„ 2.20,	1.15,	—.65,

In **Karlsruhe** vorrätig bei:
Fr. Benzel, Amalienstr. 14, **H. Baumann,** Kreuzstr. 10, **Alb. Börsig,** Durlacher Allee 26, **J. P. Burkhardt,** Friedenstr., **Jul. Dehn Nachf.,** Zähringerstr. 55, **L. Dörflinger,** Waldstr. 45, **W. Erb,** Markgrafenstr. 32, **W. Gartner,** Kond., Kaiserstr., **Wilh. Harlfinger,** Leopoldstr. 30, **O. Hasslinger,** Kond., Kaiserstr., **Karl Kaufmann,** Kond., Ludwigspl., **Rud. Langer,** Delik., Waldhornstr. **Emil Lorenz,** Lessingstr. 44, **G. Mayer,** Durlacher Allee 30, **O. Mayer,** Wilhelmstr. 20, **Herm. Mösch,** Lessingstr. 5, **Sebastian Münich,** Hirschstr. 12, **Fr. Nagel,** Waldstr. 43, **A. Neu,** Hofkonditor, Kaiserstr., **E. Neumann,** Douglasstr. 8, **Fr. Oesterle,** Blumenstr. 21, **Louis Oesterle,** Erbprinzenstr. 2, **F. X. Rathgeb,** Waldstr. 57, **H. Rothweiler,** Kronenstr. 43, **E. Röderer,** Kond., Zähringerstr. 19, **Alb. Salzer,** Kaiserstr. 140, **A. van Venrooy,** Sophienstr. 46, **J. Vetter,** Zirkel 15, **K. Waldbaur,** Amalienstr. 37.
In **Mühlburg:** **G. Holzwarth,** Rheinstr. 38, **Max Hagmann.**

323 Millionen verkauft!
Leonardt's Kugelspitz-Federn
Kugelspitze
Muster gratis in sämmtlichen Schreibwaarenhandlungen.
1.12.98

Filiale der Dresdner Bank in Mannheim.
Niederlassungen der Dresdner Bank:
Dresden, Berlin, London, Hamburg, Bremen, Hannover, Nürnberg, Fürth, Bückeburg, Detmold, Chemnitz.
Aktienkapital: 130 Millionen Mark. Reserven: 34 Millionen Mark.
Eröffnung von **laufenden Rechnungen** mit und ohne Creditgewährung, sowie von **provisionsfreien Check-Conten.**
Annahme von **verzinslichen Baareinlagen,** und von offenen und geschlossenen **Depôts.**
An- und Verkauf von Werthpapieren, fremden Banknoten und Geldsorten; Einlösung von **Coupons,** Dividendenscheinen und verloosten Effecten.
Baar-Vorschüsse auf Werthpapiere; **Discontirung** und Einzug von Wechseln, Checks etc.
Ausführung von **Börsen-Aufträgen** an allen Börsen des In- und Auslandes, insbesondere in Frankfurt a. M., Berlin und London, bei letzteren Plätzen **durch unsere eigenen Niederlassungen.**
Vermiethung von Tresorfächern (Safes) unter Selbstverschluss der Miether in feuerfestem Gewölbe.
Aufbewahrung und Verwaltung von Werthpapieren und **Versicherung** verloosbarer Effecten **gegen Coursverlust** bei unserer eigenen Versicherungsabtheilung; Ausstellung von **Checks, Tratten** und **Creditbriefen** auf die Verkehrsplätze in allen Welttheilen. Einräumung von überseeischen Rembourscrediten auf London etc. 128.26.18

Empfehle große Auswahl in unreparierten Möbeln 025.10.4
Antique
100 Stühle u. Sessel, 100 Schränke, Büffets, Tische u. s. w.
Dekorationsgegenstände jeder Art. **Billigster Einkauf für Händler.**
C. Tröster, Straßburg i. E., Grünebruchstr. 21.

A. Axtmann (Friedr. Schäfer Nachflg.), Weinhandlung,
Karlsruhe, Comptoir: Adlerstraße 35.
Eigene Kellereien: Adlerstr. 35, Rüppurrerstr. 7 und Röhrigstr. 74.
Empfehle als **Spezialität: Badische Fassweine und Original-Flaschenweine, französische u. deutsche Champagner.**
472 Garantie für Reinheit. — Proben und Preisconrant gratis. 50.3

Institut Almonte, Freiburg i. B.
Haushaltungs-Pensionat mit Gelegenheit zu sprachlicher u. wissenschaftl. Ausbildung.
Gründl., gewissenh. Ausbild. Sorgfält. Erziehung. Ausländ. u. geprüfte Lehrerin i. Hause. **Freie Wahl der Lehrfächer. Umgangssprache franz. u. engl. Ia. Refer.** Prosp. u. jede gewünschte Auskunft d. d. Vorsteh.
659.50.2 Frau **Clara Hellige.**

Christ. Oertel, Karlsruhe,
Kaiserstr. 101/103,
Manufakturwaaren-, Betten- und Ausstattungs-Geschäft.

Grosses Lager fertiger Betten, Bettstellen, Bettfedern, Flaum, Rosshaar, Steppdecken, Wolldecken Piquédecken, Baumwoll- und Leinenwaaren u. s. w.
Uebernahme ganzer Aussteuern.
Ständige Ausstellung von Schlafzimmer-Einrichtungen in allen Stylarten
Billige Preise. — Reelle Bedienung. 192.24.17
Kostenvoranschläge und Muster stets gerne zu Diensten.

Gothaer Lebensversicherungsbank.
Dividende 1899: **30—137%** der Normalprämie.
Preussische Rentenversicherungs-Anstalt.
Leibrente bei einem Beitrittsalter von 60½ J. **9½%,** 70½ J. **14¼%,** 76½ J. **17%.** 308.12.5
In späteren Jahren **mehr** infolge Dividendenberechtigung.
Ernst Wegrich, Karlsruhe, Amalienstr. 40, nächst dem Kaiserplatz.

Georg Oehler,
Hofkonditor.
Fabrikation feiner Bonbons und Chokoladedesserts.
Thee- und Kaffee-Salon.
Karlsruhe,
Herrenstrasse 18
(nächst der Kaiserstraße),
122.— Telefon Nr. 352.

Sekt-Marke I. Ranges in allen Weinhandlungen
9.15.15
Feinstes dunkles Culmbacher Exportbier
für Reconvaleszente, Magenleidende, Wöchnerinnen 2c. 2c.
in ½ und ½ Flaschen, sowie in Gebinden empfiehlt 584.48.2
A. L. Beck,
Kaiserstraße 150. Telefon 325
gegenüber dem Postneubau.

Vernickelung
neuer und alter Gegenstände liefert in feinster Ausführung 470.20.5
Fischer & Kiefer,
Syphon- u. Kohlensäur.-Apparatefbk.
Karlsruhe Wilhelmstr. 57.

Patent-Bureau Karlsruhe C. KLEYER Kriegstr. 109. INGENIEUR & PATENTANWALT
12.50.91
Filiale Mannheim C 2, 7.

Heirat.
Ein Mädchen, evang., vom Lande, anfangs der dreißiger Jahre, mit angenehm. Aeußern und mit einem anerfallenen Vermögen von 16—17,000 Mk. u. etwa 5000 Mk. zu hoffendes, wünscht sich zu verheiraten. Bewerber mögen sich an die Expedition d. Bl. wenden unter Nr. 667.2.2 Diskretion Ehrenachte. Beamten werden bevorzugt. Witwer ohne Kinder sind nicht ausgeschlossen.

Kaiser-Blume
Feinster Sekt
Gebr. Hoehl
Geisenheim a. Rhein.
Zu bezieh. durch die Weinhandlungen.
502.36.2

Den geehrten Hausfrauen
empfiehlt die
Holländische Kaffee-Brennerei
H. Disqué & Co., Mannheim
ihre so beliebte Marke
Elephanten-Kaffee.
Garantirt reiner, gebrannter
Bohnen-Kaffee
in Packeten à ½, ¼ und ⅛ Ko. mit Schutzmarke „Elephant" versehen.

f. Ceara-Mischung ½ Ko. ℳ 1.—
f. Menado-Mischung „ „ „ 1.20
f. Java- „ „ „ 1.40
f. Westindisch „ „ „ 1.60
f. Menado- „ „ „ 1.70
f. Bourbon- „ „ „ 1.80
fst. Moccа- „ „ „ 2.—
Durch eigene, besondere Brennart und adverständige Mischungen:
Kräftiger feiner Geschmack.
Große Ersparniß.
Ferner: **Naturgebrannte Kaffee** in den bekannten vorzüglichen Mischungen und Packungen zu obigen Preisen.
Niederlagen in:
Karlsruhe:
Lebensbedürfniß-Verein,
C. Carthaus, Ecke Akademiestraße,
Rud. Langer, Waldhornstraße 4,
Gerhard Lafon, Kaiserstraße 54,
Gottl. Mayer, Durlacher Allee 30 u. 41,
Victor Merkle, Kaiserstraße,
J. Mühle, Amalienstraße 5,
F. X. Rathgeb, Fr. Maisch's Nachfg., Hoflieferant,
Carl Roth, Hofdrogerie,
A. van Venrooy, Sofienstraße 45.
Durlach:
Ed. Seufert Nachfolger,
Wilhelm Wagner.
Spöck:
Carl Rüssel.
Mörsch:
L. O. Knäbel.
Germersheim:
Ludwig Huck. 64.12.10

Destillateur,
tüchtig und erfahren, mit Contorarbeit eventl. auch Reisen vertraut, für ein größ. Geschäft Süddeutschlands gesucht. Bei Tüchtigkeit und Vermögenseinlage auch Teilhaberschaft. Offerten befördert die Expedition ds. Bl. unter Nr. 640.3.2

Ein älterer, erfahrener Mann sucht als
Aufseher
oder sonst ähnliche Stellung. Es kann Kaution gestellt werden bis zu 8000 M. Offerten befördert die Expedition d. Bl. unter Nr. 613.2.2

Gebild. Fräulein,
das in allen Schulfächern bewandert und musikalisch ist, sucht Stelle zu **Kindern.**
Familienanschluß und gute Behandlung wird höherer Lohn vorgezogen. Gefl. Offerten an die Exp. ds. Bl. unter Nr. 490.7.6

Hafer, Haferschrot, Maisschrot
württemberger Haecksel,
Melassetorfmehlfutter,
Kleie, Trockentreber,
Stopfwelschkorn, 251.—4
Heu, Stroh u. Torfstreu,
Torfmull, Holzwolle, Spreu,
Gelbe Rüben
empfiehlt
Carl Baumann,
Akademiestrasse 20,
Karlsruhe.

Berliner Pfannkuchen u. Fastnachtsküchlein
empfiehlt in bekannter Güte **täglich frisch** 679.3.1
Konditorei u. Café Fr. Nagel,
Waldstr. 43.

Darmstadt,
Hessen.
Höheres Töchterpensionat.
Geeignete wissensch. Fortbildung, Sprachen v. Ausländerinn., sämtl. prakt. u. Kunsthandarb., gründl. Anleitg. im Haushalte, guter Musik- u. Malunterr. — Gewissenh. Verpfleg. u. Erzieh. gesellsch. Ausbildung, Theater, Concerte, reiche Kunstsammlung. Waldreiche Umgebung. Garten und Spielplatz am Hause. — Empfohlen d. Eltern 2c. früh. Pens. Honorar 1000 Mk. Prosp. u. nähe. Ausk. durch die Vorsteh.: Frl. **Clementine Dupré,** staatlich geprüfte Oberlehrerin. 633.20.2

Herrenhemden
aus prima Stoff gearbeitet, mit feinem lein. Einsatz, in allen Weiten, versendet
½ Dutz. Mk. 20.—,
Franz Tauer,
62.30.24 Kaiserstr. 112.

Druck und Verlag der Badischen Landeszeitung, G. m. b. H., Hirschstraße Nr. 9 in Karlsruhe.